

SPD-Fraktion beteiligt sich am Entschädigungsfonds für ehemalige NS-Zwangsarbeiter

Die Stadträte der Leipziger SPD-Fraktion und die Mitarbeiter der Fraktionsgeschäftsstelle beteiligen sich am Entschädigungsfonds für die ehemaligen Zwangsarbeiter. Sie folgen damit dem Aufruf des Schriftstellers Günter Grass, der Journalistin Carola Stern und des Pädagogen Hartmut von Hentig, dass alle Deutschen jeweils 20 Mark spenden sollen.

Dabei sieht sich die SPD-Fraktion nicht nur moralisch in der Pflicht. Nachdem Bundespräsident Johannes Rau das Gesetz über die Bundesstiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ unterschrieben hat, in dem der Gesetzgeber ausdrücklich die Möglichkeit von „Zustiftungen“ einräumt, will die Fraktion als Geste der Anerkennung der Leiden, die den Zwangsarbeitern im Namen des deutschen Volkes zugefügt wurden, in diesem Rahmen einen Beitrag zum Entschädigungsfonds leisten.

Mit Unverständnis verfolgt die SPD-Fraktion jedoch die zögerliche und unwürdige Zurückhaltung von Teilen der Industrie gegenüber einer Beteiligung an der Stiftung.

Der Beitrag der SPD-Fraktion hat sicherlich nur symbolischen Charakter. Sie will aber damit ein Zeichen setzen und bittet die SPD-Mitglieder im Unterbezirk Leipzig-Borna sich ebenfalls in angemessener Weise zu beteiligen. Darüber hinaus appelliert sie an die Bürger Leipzigs, auch über eine Spende zugunsten der ehemaligen Zwangsarbeiter nachzudenken.

Dr. Joachim Fischer Fraktionsvorsitzender

Für die Einzahlung von Spenden im Rahmen von Zustiftungen hat das Bundesfinanzministerium zusätzlich folgendes spezielle Konto eingerichtet:

Bundeskasse Bonn Landeszentralbank

Konto-Nr. 38001060

Bankleitzahl 38 000 000

Stichwort: Zwangsarbeiterentschädigung, BMF, Referat V B2